

Bündnis 90 / Die Grünen Hanau

**ZUKUNFT MACHEN WIR
ZUSAMMEN**

Auf zur grünen Großstadt **Hanau!**

Wahlprogramm
2021 bis 2026

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	3		
1. WOHNEN IN DER KLIMARESILIENTEN STADT.....	4		
1.1. Klimaneutralität erreichen.....	4		
1.2. Energiewende vorantreiben.....	6		
1.3. Wohnen bezahlbar machen.....	8		
1.4. Planen und Bauen weiterdenken ..	8		
1.5. Lärmschutz weiterführen.....	9		
1.6. Luftreinhaltung verbessern.....	9		
1.7. Abfälle sinnvoll nutzen.....	10		
1.8. Atommüll verhindern	11		
1.9. Naturschutz stärken	11		
1.10. Tierschutz ausweiten	12		
2. ZUSAMMENLEBEN IM SOZIALEN UND GRÜNEN HANAU	13		
2.1. Teilhabe von Jung und Alt sicherstellen	13		
2.2. Bildung für alle ermöglichen	14		
2.3. Armut bekämpfen	15		
2.4. Friedvoll miteinander leben	15		
2.5. Echte Lehren aus dem 19. Februar 2020 ziehen.....	17		
2.6. Interreligiösen Dialog fortsetzen	18		
2.7. Sexuelle Vielfalt sichtbar machen	18		
2.8. Geschlechtergerechtigkeit erreichen	18		
2.9. Sport und Bewegung fördern, Vereine stärken	20		
2.10. Kulturelles Angebot sicherstellen und erweitern	20		
2.11. Sicherheit gewährleisten	20		
2.12. Gesundheit fördern	21		
2.13. Prävention stärken.....	21		
3. BEWEGEN, ARBEITEN, WIRTSCHAFTEN	23		
3.1. Mobilität verändern	23		
3.2. Arbeit fair gestalten	25		
3.3. Finanzpolitisch nachhaltig handeln	26		
3.4. Wirtschaft am Standort Hanau transformieren.....	27		
3.5. Nachhaltigen Tourismus fördern...	28		
3.6. Bürgerbeteiligung und Stadt- verwaltung digitalisieren.....	28		

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir **GRÜNE** wollen in Hanau weiter Verantwortung übernehmen, denn in der Kommune, bei uns ganz konkret vor Ort, entscheidet sich so vieles: ob es im Klimaschutz vorangeht, ob ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft funktionieren kann und ob Chancen (sei es in der Bildung oder auf dem Wohnungsmarkt) für alle gleichermaßen vorhanden sind.

Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten und stellen Ihnen unsere Kompetenz zur Verfügung. Dafür brauchen wir Ihre Stimme am 14. März 2021, wenn in Hanau die Sitze für Stadtverordnetenversammlung und die Ortsbeiräte gewählt werden!

Wir haben ein hartes Jahr 2020 hinter uns: Der Anschlag vom 19. Februar und die Corona-Pandemie haben die Leben vieler Menschen in Hanau unwiederbringlich verändert. Außerdem werden wir Großstadt und streben die Kreisfreiheit an.

Die neuen Möglichkeiten bedeuten auch eine noch größere Verantwortung. Wir nehmen diese vielen Herausforderungen an, allen voran den Kampf gegen Extremismus und Rassismus. Gesundheitsschutz und nachhaltiges Leben und Wirtschaften im Zeichen der Klimakrise denken wir zusammen.

Ihre Hanauer Grünen

1. WOHNEN IN DER KLIMARESILIENTEN STADT

Die Klimakrise ist weltweit und damit auch in Hanau längst angekommen. Damit wir trotz steigender Temperaturen auch in Zukunft gut leben können, ist es notwendig, sich auch in Hanau weiterhin für **Klimaschutz** zu engagieren, mehr noch: das Tempo deutlich zu erhöhen. Und wir müssen uns an die klimatischen Veränderungen anpassen, um unsere Gesundheit zu schützen.

Insbesondere in der **Wohnungs-, Verkehrs- und Energiepolitik** sind lokale Maßnahmen möglich, um Hanau *resilient*, also widerstandsfähig zu machen. Wir **GRÜNEN** wollen sicherstellen, dass auch unter veränderten Rahmenbedingungen ein gutes Leben für alle in Hanau möglich ist.

Pariser Klimaabkommen

Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Weltgemeinschaft 2015 dazu verpflichtet, den Temperaturanstieg auf 2°C, möglichst auf 1,5°C, zu beschränken. **Der Ausstoß von Treibhausgasen wie Kohlendioxid (CO₂) muss dazu begrenzt werden.** Auf unterschiedlichen Ebenen, etwa in der Europäischen Union, in Deutschland und in Hessen, sind Klimaziele zur Reduktion der Treibhausgase insbesondere durch fossile Energieträger wie Kohle, Öl und Gas beschlossen worden. In Deutschland will man minus 55 Prozent bis 2030 und minus 80 bis 95 Prozent bis 2050, jeweils gegenüber den Emissionen im Jahr 1990, einsparen.

Deutliche Auswirkungen der Klimakrise sind dennoch zu erwarten und durch Klimaanpassungsmaßnahmen zu antizipieren.

1.1. Klimaneutralität erreichen

Mit Eintritt der **GRÜNEN** in die Koalitionsregierung 2007 hat das Engagement für Klimaschutz in Hanau Fahrt aufgenommen. Ein erstes Klimaschutzkonzept hat 2012 aufgezeigt, wie Klimaziele in Hanau erreicht werden können. Seit 2015 ist Klimaschutz in der Stadtverwaltung durch ein Klimaschutzmanagement institutionalisiert. Hanau ist Mitglied im „**Klima-Bündnis**“ (seit 1993), beim „**Konvent der Bürgermeister**“ (seit 2008) und als **hessische Klima-Kommune** (seit 2011) aktiv. Mit den Fördermitteln von Bund und Land werden konkrete Maßnahmen umgesetzt. Die Fortschreibung des zweiten Hanauer Klimaschutzkonzepts ist in Arbeit, die Maßnahmen sind bis 2026 umzusetzen.

Auf Initiative der Hanauer **GRÜNEN** hat die Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2019 beschlossen, dass Hanau möglichst bis zum Jahr 2040 klimaneutral werden soll. Klimaneutralität bedeutet, dass die Treibhausgasemissionen auf rechnerisch Null gestellt werden. Um dies zu erreichen, müssen alle Vorhaben der Stadt unter Klimavorbehalt gestellt werden. Dies bedeutet, dass die Klimafolgen eines Vorhabens für seine gesamte Laufzeit und nicht nur zum Zeitpunkt der Anschaffung/zu Beginn ermittelt werden, um die am wenigsten klimaschädliche Lösung zu finden. Die Abteilungen der städtischen Verwaltung werden derzeit befähigt, ihre Projekte einer klimatischen Wirksamkeitsprüfung zu unterziehen.

1. WOHNEN IN DER KLIMARESILIENTEN STADT

Aufgrund steigender Kosten für fossile Energie- und Rohstoffe wird bei langfristigen Investitionen die klimafreundlichste Lösung in den meisten Fällen auch die kostengünstigste sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in alle Investitionskosten der CO₂-Preis für die geplante Betriebsdauer eingerechnet und dies mit den Kosten für eine klimaschonende Beschaffung mit geringerem CO₂-Ausstoß verglichen wird.

Für Vorhaben, bei denen es jetzt noch keine klimafreundliche Lösung gibt, sollen die CO₂-Emissionen kompensiert werden. Der Differenzbetrag zwischen der konventionellen Anschaffung mit hohem CO₂-Ausstoß und der umweltfreundlicheren Beschaffung soll auf einem „**städtischen Klimakonto**“ zurückgestellt werden zur Finanzierung klimaschonender Investitions- und Betriebskosten. Mit dem Klimakonto sollen andere klimaschonende Investitions- und Betriebskosten (etwa Gebäudesanierungen) mitfinanziert werden.

Bei allen städtischen Maßnahmen ist zu überprüfen, ob sie den Klimabeschluss der Stadtverordnetenversammlung erfüllen und mit Hanau Mitgliedschaft im „Klima-Bündnis“ verträglich sind. Es soll regelmäßig (mindestens einmal im Jahr) überprüft werden, in welcher Weise das Ziel Klimaneutralität früher als 2040 erreichbar ist.

Neben dem globalen Ziel, die Erderhitzung in Grenzen zu halten, ist es notwendig, **eine Hitze-strategie für die gesamte Stadt zur besseren Anpassung an die klimatischen Veränderungen** zu entwickeln.

Dazu sehen wir folgende Maßnahmen vor

(1) Städtische Bauten wie Kitas, Schulen und Altenheime sind hitzefest zu planen und bereits vorhandene zu ertüchtigen. Klima-

lagen sind keine Lösung, weil sie das Problem durch ihre Wärmeabgabe in die Umgebung verschärfen und sie einen erheblichen Strombedarf haben.

(2) Ein Klimagutachten ist für die gesamtstädtische Planung neu zu erstellen und zu berücksichtigen, damit beispielsweise Kaltluftschneisen erhalten bleiben.

(3) Stadtbegrünung muss bei der Stadtplanung Priorität erlangen, ob an Fassaden, auf Dächern oder im Straßenraum. Wir werden die stadtweite Aktion der Stabsstelle Nachhaltige Strategien fortsetzen, Dächer, Höfe und Einfahrten gezielt zu begrünen, damit die Temperaturen kleinklimatisch möglichst niedrig bleiben und das Regenwasser gepuffert in die Kanalisation (oder noch besser in Zisternen) fließt. Begrünung hilft nicht nur an heißen Tagen, sondern schluckt auch Lärm, bindet Staub, erzeugt Sauerstoff und schafft Erholungsräume für Menschen und Tiere.

(4) Versiegelte Freiflächen sind durch Grünbe-reiche zu unterbrechen. Ein **grünes Netz** soll sich über die ganze Stadt erstrecken. Verkehrsinseln wollen wir begrünen statt sie zu pflastern oder zu betonieren. Auch im Rückbau von großflächigen, unnötigen Versiegelungen wie etwa überbreiter Asphaltflächen sehen wir eine Möglichkeit, Hanau noch lebenswerter und grüner zu machen. Wir wollen dafür sensibilisieren, dass die Vorgärten und Einfahrten an den Häusern entsiegelt und artenvielfältig begrünt werden und so die Anzahl der Schottergärten verringern. Hanau hat auf unsere Initiative hin ein Entsiegelungskataster erstellen lassen. Hier kann jede*r Hausbesitzer*in ihr Grundstück flächenscharf einsehen und ausmessen, bekommt Pflanztipps und weitere Hinweise zur Begrünung. Schottergärten sollen in Bebauungsplänen ausgeschlossen werden.

1. WOHNEN IN DER KLIMARESILIENTEN STADT



(5) Eine **hohe Baumdichte** sorgt dafür, dass die Temperatur in der Stadt im Sommer weniger stark ansteigt. Aus diesem Grund wollen wir einen langfristig festgelegten Zuwachs an Bäumen für Hanau, um den hohen Temperaturen im Sommer entgegenzuwirken.

(6) Wir wollen die **E-Mobilität** fördern, denn sie trägt im urbanen Raum wegen geringerer Wärmelast (verglichen mit Verbrennungsmotoren) ebenfalls zu einem besseren Stadtklima bei.

(7) Wir wollen **Rad- und Fußverkehr** mehr Raum geben. Altersgerechte Sitzbänke sind überall da aufzustellen, wo Menschen zu Fuß ihr Ziel besser erreichen, damit sie auch mal ein Püschchen machen können.

(8) Öffentliche **Wasserspender** und Trinkbrunnen sind aufzustellen.

(9) Bushaltestellen und andere öffentliche Warte- oder Aufenthaltsbereiche müssen gut verschattet werden.

(10) **Bürgerbeteiligung** und Bürgeraktivierung sind zu organisieren.

1.2. Energiewende vorantreiben

Ein zentrales Anliegen **GRÜNER** Politik ist eine konsequent nachhaltige Klima- und Energiepolitik und in diesem Rahmen das Vorantreiben der Energiewende. Dazu sind wir auch durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, nach dem Hanau bis 2040 klimaneutral sein soll, verpflichtet. Energieeinsparung und die Erzeugung und Verwendung von Elektrizität aus regenerativen Energiequellen zur Reduktion der klimaschädlichen Belastung sind dabei entscheidende Handlungsfelder.

Die folgenden energiesparenden Maßnahmen wollen wir in den Bereichen Bau- und Gebäudemodernisierung sowie Verkehr umsetzen

(1) Wir wollen die **energetische Sanierung** (Dämmung, Heizung) von älteren Gebäuden möglichst auf den Stand bringen, der für Neubauten bereits vorgegeben ist.

(2) Wir wollen die Beratung zur energetischen Sanierung erweitern, etwa aufsuchend in den Quartieren.

(3) Bei städtischen Neubaumaßnahmen sind **nachhaltige, zukunftsweisende Energiekonzepte** anzuwenden.

Das Ziel sind Gebäude mit Netto-Null-Emission oder noch besser Energie-Plus-Bauten.

1. WOHNEN IN DER KLIMARESILIENTEN STADT

(4) Klimarelevante Auflagen sollen zu nachhaltigen Energie- und Verkehrskonzepten führen. Investitionen bzw. Investor*innen, die sich auf energieeffiziente Konzepte stützen, sind, etwa durch die Festschreibung in städtebaulichen Verträgen, zu bevorzugen, ebenso Industriebetriebe, die sich an den Nachhaltigkeitszielen der UN orientieren und sich zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes verpflichtet haben.

(5) Die **städtische Fahrzeugflotte** soll auf klimaneutralen Elektro- oder Wasserstoffantrieb umgestellt werden.

(6) **Abwärme** soll als Fern- und Nahwärme genutzt werden.

(7) Insbesondere Rechenzentren sollen mit Ökostrom betrieben, ihre Abwärme ins Fernwärmenetz eingespeist werden. Rechenzentren müssen die Kriterien des „Blauen Engel“ erfüllen.

Zur Elektrizitätserzeugung aus regenerativen Energiequellen wollen wir erreichen

Möglichst flächendeckender **Einsatz von Solartechnik** für die Energieerzeugung: Beginn mit der Nutzung städtischer Flächen und Bauten, Einsatz von BHKW (wie etwa in Pioneer).

Unterstützung der effizienten Nutzung der so erzeugten Energie, die ja nicht immer sofort verbraucht bzw. ins Netz eingespeist werden kann, durch den **Einsatz geeigneter Speichertechniken**. Dafür sind Konzepte zu entwickeln, es gibt in diesem Bereich bereits viele Pilotanwendungen, von deren Ergebnissen wir profitieren wollen.

Ertüchtigung der Mittel- und Niederspannungsnetze von Hanau Netz zur **Abdeckung des**

wachsenden Bedarfs an Lademöglichkeiten für verschiedenartige Fahrzeuge, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich.

Berücksichtigung der zukünftigen Erweiterung der Busflotte durch E- bzw. H- Busse bereits bei der bevorstehenden Planung des neuen Betriebshofs („Betriebshofmanagement“); dies kann etwa in Verbindung mit den Steuerungsmöglichkeiten der städtischen Netzleittechnik erfolgen; Verwendung von regenerativ erzeugtem Strom für das Laden der Busse (entsprechende Sicherstellung auch, wenn dieser Strom von extern bezogen wird); auch in diesem Bereich Prüfung des Einsatzes leistungsfähiger Speichertechnik.

Für die Stadt ist ein Gesamtkonzept Energie zu erarbeiten, um die Einhaltung der Klimaziele sicherzustellen. Wir **GRÜNEN** fordern eine konsequente Umsetzung. Die Technik zur Erreichung der formulierten Klimaziele ist längst verfügbar. Natürlich kosten solche Maßnahmen Geld, keine Maßnahmen zu ergreifen, ist in der Gesamtbilanz aber wesentlich teurer. Hierbei sind die Fördermittel von EU, Bund und Land weiterhin zu nutzen. Eine Personalstelle sollte hierfür eingesetzt werden.

1. WOHNEN IN DER KLIMARESILIENTEN STADT

1.3. Wohnen bezahlbar machen

Wohnen ist ein fundamentales Recht. Wohnen muss auch in Hanau bezahlbar bleiben für Menschen jeglichen Alters und jeglichen Einkommens. Ganz besonders bedürfen Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Rentner*innen und Menschen mit geringem Einkommen der besonderen Aufmerksamkeit bezüglich der Versorgung mit Wohnraum. Wer in Hanau arbeitet, soll hier auch wohnen können.

Wir wollen

- (1) Die **Belegrechte für Sozialwohnungen** verlängern oder zurückkaufen.
- (2) Wohnungsbelegungsprogramme für den Mittelstand auflegen.
- (3) Eine definierte **Quote von Sozialwohnungen** bei allen Mietwohnungsneubauten in der Stadt festlegen.
- (4) Keine Wohnungen aus städtischem Besitz an private Investor*innen verkaufen.
- (5) Uns auf Bundes- und Landesebene weiterhin für den **Erhalt von „Sportsfield“** einsetzen, um die 400 dort vorhandenen Wohnungen zu sichern.
- (6) Neue Quartiere als **gemischte Wohngebiete** planen.
- (7) Bei öffentlichen Neubauvorhaben verstärkt genossenschaftlichem Wohnungsbau den Zuschlag geben. Dazu soll die Neugründung von **Wohnbaugenossenschaften** vorangebracht werden.
- (8) Generationsübergreifende Wohnprojekte besonders fördern.
- (9) Für die Finanzierung von neuem Wohnraum mit den Akteuren der Metropolregion Frankfurt

und dem Land Hessen über deren Beteiligung sprechen.

- (10) Bei der Vergabe kommunaler Bauflächen das Erbpachtmodell bevorzugen.
- (11) Leerstände mit geeigneten Maßnahmen verhindern.
- (12) Den freiwilligen Wohnungstausch fördern.
- (13) Das Instrument der städtischen Vorkaufsetzung konsequent ausüben, um bestehende Wohnquartiere zu schützen.

1.4. Planen und Bauen weiterdenken

Wir **GRÜNE** werden bei der Neuaufstellung des regionalen Flächennutzungsplans Klimaschutz und Klimaanpassung zum zentralen Thema machen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Hanau

- (1) Innen- vor Außenentwicklung anstrebt, also zuerst nicht mehr genutzte Gebäude-, Gewerbe- oder Konversionsflächen bebaut werden, bevor landwirtschaftlich genutzte Flächen oder Grünflächen versiegelt werden.
- (2) die Wohnflächenpotentiale durch die Nutzung von Aufstockungen und Nachverdichtungen in einem Kataster darstellt.
- (3) mit bauvorbereitenden Maßnahmen (etwa Baumfällungen) erst beginnt, wenn der Bauantrag genehmigt wurde und ein Termin für den Baubeginn vereinbart ist.
- (4) die Nutzung Erneuerbarer Energien die Regelungen des EEWärmeG signifikant übertreffen lässt.
- (5) den Anschluss an das Fernwärmenetz jeweils priorisieren.

1. WOHNEN IN DER KLIMARESILIENTEN STADT

Versiegelung ist so gering wie möglich zu halten. Die Nutzung von Photovoltaik hat oberste Priorität. Eine **Solarsatzung für Neubauten** halten wir für zwingend notwendig. Die Begrünung von Fassaden, Dächern, Vorgärten und Hinterhöfen soll in allen Bebauungsplänen vorgeschrieben werden. Das „**Gründach- und Entsiegelungskataster**“ der Stadt Hanau ist hierfür ein wichtiges beratendes Instrument. Der Überflutungsschutz von Straßen und Kellern infolge von Starkregen muss eine größere Beachtung bei der Aufstellung von Bausatzungen erfahren. Zisternen und Rückhaltebecken sind zu fordern und zu nutzen.

Die Stellplatzsatzung muss zeitgemäß überarbeitet werden. Damit neue Parkplätze zu möglichst wenig zusätzlicher Flächenversiegelung führen, sollen Außenparkplätze nur noch auf sickerfähigem Grund genehmigt werden. ÖPNV-Anbindung, Car- und Bike-Sharing sind in die Ablösebewertung mit einzubeziehen. Pkw-Stellplätze sind zu Gunsten von multi-modalen Angeboten und mehr Grünflächen zu reduzieren.

1.5. Lärmschutz weiterführen

Hanau ist durch die Lage im Verkehrsknoten Rhein-Main und als Industriestandort in erheblichem Maß von Flug-, Auto-, Bahn- und Industrielärm betroffen. Diese Faktoren können auf kommunaler Ebene unterschiedlich stark beeinflusst werden.

Zunächst unterstützen wir die überregionalen Bemühungen der Landesregierung, der Fluglärmmmission und verschiedener Bürgerinitiativen, Fluglärmmmissionen zu reduzieren.

In Bezug auf Straßen- und Bahnlärm können lokal Maßnahmen ergriffen werden. Wir setzen uns für Lärmschutzwände auch an bestehen-

den Bahntrassen ein. Um in innerstädtischen Bereichen und Wohngebieten Straßenlärm zu reduzieren, wollen wir weiter auf **Tempo-30-Zonen** setzen. Eine intensivere Überwachung dieser und bestehender Tempolimits ergibt sich daraus zwingend. Die Ausweitung von Fußgängerzonen halten wir auch bzgl. Lärmschutz für sinnvoll. Die Ausweisung der Langstraße zur Fußgängerzone geht auf eine langjährige **GRÜNE** Forderung zurück.

Eine sehr wirksame Maßnahme zur Minderung des Verkehrslärms ist die Verkehrsverlagerung vom Pkw zu anderen Individualverkehrsmitteln, wie die eigenen zwei Beine, aufs Fahrrad oder Roller. Unser Ziel ist „**Flächengerechtigkeit**“ für den **Fuß- und Radverkehr**, um den Anteil des nichtmotorisierten Verkehrs im „Modal Split“ zu erhöhen.

1.6. Luftreinhaltung verbessern

Saubere Luft ist Gesundheitsschutz und Lebensqualität zugleich. Wir wollen die Luftreinhaltung in Hanau weiter verbessern.

Potential sehen wir in der Förderung des ÖPNV. Die Einführung einer lokalen Umweltzone ist in Hanau rechtlich nicht möglich, da der Feinstaubwert an weniger Tagen im Jahr überschritten wird, als es in der entsprechenden Richtlinie festgelegt ist. Dennoch ist Hanau kein Luftkurort. Indikatoren für Luftqualität, wie die Belastung mit Feinstaub, Stickoxiden oder Ozon zeigen, dass Handlungsbedarf besteht. Deswegen ist uns die **Einführung einer regionalen Umweltzone, die das gesamte Rhein-Main-Gebiet umfasst**, ein wichtiges Anliegen.

Weiterhin setzen wir auf eine **Elektrifizierung des Fuhrparks der Stadt Hanau sowie den Einsatz von Elektro- bzw. Wasserstoffbussen bei der HSB**, vor allem für Linien, die durch

1. WOHNEN IN DER KLIMARESILIENTEN STADT

Fußgängerzonen führen. Der Anstoß von uns **GRÜNEN**, ein Job-Ticket für die Stadtverwaltung einzuführen, um die Mitarbeiter*innen zu einem Umstieg vom Auto auf den ÖPNV zu bewegen, ist endlich (ab 1.1.2021) umgesetzt. Bereits vor 20 Jahren hatten wir **GRÜNEN** dazu einen ersten Antrag in der Stadtverordnetenversammlung gestellt.

Da die Feinstaubbelastung durch Heizungen privater Haushalte in Deutschland in der Heizperiode bis zu 20 Prozent der Gesamtbelastung ausmacht, fördern wir den Einsatz moderner Systeme. Die Förderungen der Stadtwerke Hanau sind hier ein guter Status Quo, sollten aber weiter ausgebaut werden.

Betrachtet man die Feinstaubbelastung in Hanau nach Datum, sind deutliche Spitzen rund um die Silvesternächte zu erkennen.



An der Wallonisch-Niederländischen Kirche

Private Feuerwerke sind schon heute an verschiedenen Orten in Hanau, etwa zum Schutz der Altstadt, verboten. Wir setzen uns generell für eine Verlagerung von privaten zu professionellen Feuerwerken ein. Dies würde vielen Bürger*innen und ihren Haustieren ein höheres Sicherheitsgefühl geben, die Lärm- und Feinstaubimmissionen reduzieren sowie das Müllaufkommen nach der Silvesternacht deutlich senken.

1.7. Abfälle sinnvoll nutzen

Eine hemmungslose Abfallerzeugung führt zu gravierenden ökologischen Schäden. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Gewässer- und Bodenverschmutzung mit Plastikmüll. Aber auch im lokalen Bereich sind Probleme wie ein zu geringer Recyclinganteil und die Vermüllung von städtischen Flächen und Natur offenkundig.

Aktuell liegt die hiesige Abfallwirtschaft im Verantwortungsbereich des Main-Kinzig-Kreises, nach Erlangung der Kreisfreiheit kann die Stadt Hanau diese Aufgabe selbst vergeben.

Unsere Ziele für eine nachhaltige Abfall- und Entsorgungswirtschaft sind

- (1) **Müllvermeidung**, Reduktion des Restmüllanteils durch sinnvolles Trennen, **Erhöhung des Recyclinganteils**.
- (2) Wirtschaftlichkeit bei möglichst niedrigen Kosten für die Verbraucher*innen: „Belohnung“ für Abfallvermeidung.
- (3) Die Einrichtung von **Tausch- und Leihläden** oder einem Recyclingkaufhaus.

Ausreichende Entsorgungsmöglichkeiten, die konsequente Ahndung von „Müllvergehen“

1. WOHNEN IN DER KLIMARESILIENTEN STADT

wie Entsorgung von Hausrat in der Natur, die Bereitstellung und Förderung geeigneter Pfandsysteme, die Verpflichtung der Gewerbetreibenden zur Verwendung umweltfreundlicher Verpackungsmaterialien/-behälter sind Beiträge, die wir unterstützen bzw. die auf **GRÜNE** Initiative hin entstanden sind. So soll der Hanauer Wochenmarkt immer plastikärmer werden, mitgebrachte Taschen und Mehrwegbehältnisse sind bereits akzeptiert. Ein erster Unverpacktladen hat am Marktplatz eröffnet. Über vierzig Geschäfte, Cafés und Einrichtungen wie die Stadtbibliothek oder Museen beteiligen sich an „Refill Hanau“: Wer ein Mehrweggefäß dabei und Durst hat, bekommt an den Hanauer Refill-Stationen kostenlos Leitungswasser abgefüllt.

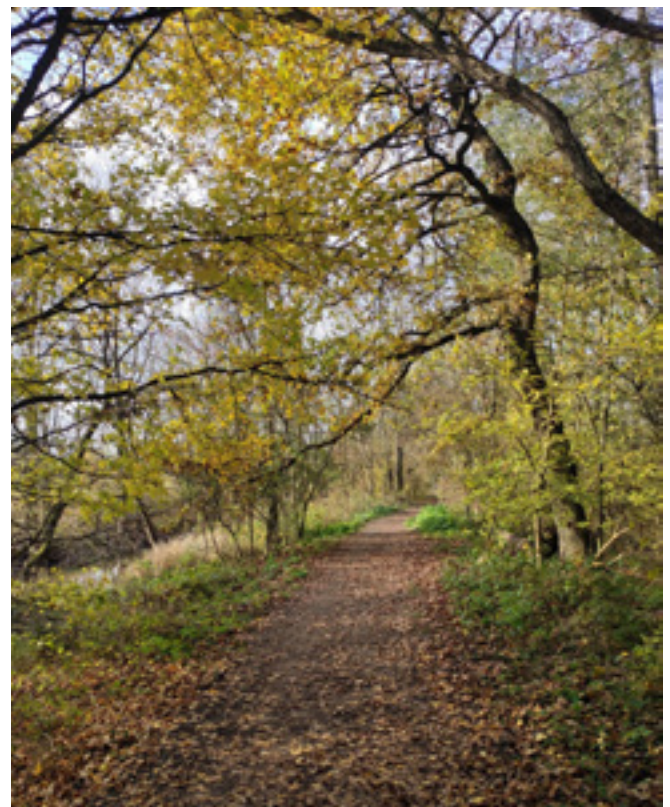
Wir wollen auch bei der Wertstoffsammlung eine Erweiterung der gesammelten Stoffe erreichen.

1.8. Atommüll verhindern

Die ehemaligen Nuklearbetriebe sind inzwischen fast vollständig zurückgebaut. Verblieben sind in Hanau-Wolfgang schwach- und mittelradioaktiv verseuchte Abbruch- und Baureste der alten Nuklearfabriken. Sie lagern in zwei atomaren Zwischenlagern. Erst wenn ein „Endlager“ errichtet sein wird, sollen diese Abfälle aus Hanau abtransportiert werden. Wir **GRÜNEN** setzen uns dafür ein, dass möglichst bald dieses „Atommülllager“ aufgelöst wird und die Container sicherer gelagert werden. Alle Versuche, weiteren radioaktiven Müll auf dem Gelände zu lagern, konnten von der Stadt Hanau rechtlich abgewehrt werden. Wir **GRÜNEN** werden die Stadt Hanau auch weiterhin vehement darin unterstützen, ein drittes Zwischenlager zu verhindern.

1.9. Naturschutz stärken

In den letzten Jahrzehnten hat sich in Hanau durch **GRÜNES** Mitwirken viel zum Thema Naturschutz getan. Wir haben im Stadtgebiet neun Naturschutzgebiete sowie fünf europaweit anerkannte Fauna-Flora-Habitate (FFH) und zwei europaweit anerkannte Vogelschutzgebiete, die sich teilweise mit den Naturschutzgebieten überlappen. 13 solcher Gebiete sind im „Grünen Ring um Hanau“ ausgemaltes und zu Fuß oder mit dem Rad gut zu erkunden. Uns ist besonders wichtig, dass diese Gebiete unantastbar sind und in Zukunft weiter ausgebaut werden.



In der Bulau

Es muss regelmäßig überprüft werden, wo eine **Erweiterung oder Neuerschließung von Schutzflächen** möglich ist. Dies gilt auch für die Beschränkung von Baumaßnahmen in kritischen Bereichen, wie beispielsweise am Ufer der Kinzig.

1. WOHNEN IN DER KLIMARESILIENTEN STADT

Das **Hanauer Umweltzentrum** nahe der Kinzig leistet einen wichtigen Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das vielfältige Angebot zu diesem Thema und das Kennenlernen der Artenvielfalt ermöglichen Schulen, Kitas und auch privaten Haushalten den Zugang zum Naturschutz. Wir **GRÜNE** sehen die Sensibilisierung von jungen Menschen und das spielerische Heranführen an die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen als einen der wichtigsten Bausteine, um die Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit zu fördern und die Natur langfristig zu erhalten. Denn nur was der Mensch kennt, kann er wertschätzen und setzt sich dann auch dafür ein. Deswegen wollen wir das Umweltzentrum fördern und ausbauen.

Wir werden, wo immer Straßen umgestaltet werden, dafür Sorge tragen, dass das Straßenbegleitgrün, Straßensäume, Inseln, Hecken und Gebüsche erhalten und artenreich bepflanzt werden.

Durch die **Förderung von Blühwiesen und Insektenhotels** auf Gemeingrund, etwa vor Wohnhäusern, wollen wir nicht nur in den Naturschutzgebieten, sondern auch innerhalb des Stadtgebiets die Artenvielfalt stärken. In der Innenstadt sind viele Insekten und Vögel zuhause, die sich durch Nistkästen, Büsche und Bäume noch wohler fühlen.

Bestehende **Gemeinschaftsgartenprojekte** wollen wir auf gezielte Förderung hin überprüfen. Gerade wegen der vielfältigen positiven Impulse im Bereich Stadtökologie und gemeinschaftlichem Zusammenleben, sowie dem Anliegen um bewusste, gesunde Nahrungsmittel aus dem eigenen Anbau ist uns ein Ausbau dieser Projekte wichtig. Landwirtschaftliche Verträge sind so zu gestalten, dass die Biodiversität gefördert und Pestizideinsatz ausgeschlossen wird.

Trockene Sommer haben nicht nur dem Wald, sondern auch den Stadtbäumen geschadet. Mit Baumpatenschaften und Gießplänen wollen wir hier zukünftig unterstützen.

1.10. Tierschutz ausweiten

Wir **GRÜNE** engagieren uns für ein starkes Tierschutzbewusstsein. In Hanau gibt es neben dem Tierheim und dem Tierrefugium verschiedene Vereine, die sich bereits liebevoll um ungewollte, alte oder auch behinderte Tiere kümmern. Diese wichtige Arbeit begrüßen wir sehr und wollen **mehr Bewusstsein für die artgerechte Haltung von Tieren** schaffen.

Die Vielfalt der Wildtiere reicht in Hanau von Vögeln und Insekten über alle Arten von Waldbewohnern bis hin zu den Wildpferden in Campo Pond. All diese Tiere benötigen Schutz, weshalb der Ausbau von Schutzgebieten regelmäßig überprüft und vorangetrieben werden muss.

Auch im Kerngebiet gibt es verschiedene Möglichkeiten für den Tierschutz. Durch den Einsatz von Taubenhäusern beispielsweise ist der Austausch der Gelege möglich, um die Taubenpopulation zu regulieren. Außerdem werden die Tauben versorgt und können tiermedizinisch betreut werden.

2. ZUSAMMENLEBEN IM SOZIALEN UND GRÜNEN HANAU

Neben genügend bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum in einer klimaangepassten Stadt steht bei uns **GRÜNEN** auch die Weiterentwicklung der sozialen, sportlichen und kulturellen Infrastruktur der Stadtviertel und Stadtteile im Mittelpunkt. Wir müssen in allen Quartieren für diejenigen mitplanen, die nicht die Mittel haben, sich selbst Gehör zu verschaffen. Nur so können wir zu einer inklusiven Stadt werden, die niemanden zurücklässt, in der wir miteinander leben und füreinander eintreten. Durch ein breites Angebot an Aus- und Weiterbildungen wollen wir jungen Menschen in Hanau eine optimale Zukunft ermöglichen.

2.1. Teilhabe von Jung und Alt sicherstellen

2.1.1. Kitas ausbauen

Das kontinuierliche Wachstum stellt Hanau vor verschiedene Herausforderungen. Neben der hohen Nachfrage nach Wohnungen steigt auch die Anzahl der benötigten Kita- und Krippenplätze. Neben dem Bau von Kitas in Neubaugebieten wie beispielsweise Pioneer muss auch das Angebot in allen anderen Quartieren überprüft werden. Wir wollen das Angebot etwa in Kesselstadt und in der Weststadt erhöhen, da es dort aktuell an Kitaplätzen mangelt. Der Fachkräftemangel stellt in diesem Bereich eine weitere Herausforderung dar. Es müssen weitere Anreize geschaffen werden, damit Erzieher*innen in Hanau arbeiten möchten.

2.1.2. Jugendgerechte Angebote stärken

In vielen Stadtteilen gibt es bereits heute Kinder- und Jugendzentren (JUZ). Wir wollen diese finanziell und personell stärken, so dass ein **vielfältiges Angebot für Jugendliche aller Altersstufen** dauerhaft sichergestellt wird. Insbesondere bei Angeboten für Mädchen und junge Frauen sehen wir noch Optimierungsbedarf.

Es ist wichtig, dass Jugendliche im JUZ Ansprechpartner*innen haben, an die sie sich mit ihren Problemen wenden können. Beispielsweise das JUZ Kesselstadt und das angeschlossene Box Gym sind ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit.

Weiterhin sind ein preiswertes Nachhilfeangebot oder auch die Einbindung von Jugendlichen in politische Angelegenheiten und die Förderung von Meinungsbildung wichtig und sollten über städtische Angebote gefördert werden.

Neben den Jugendzentren wollen wir auch die aufsuchende Sozialarbeit ausweiten und insgesamt jugendgerechtere Angebote schaffen. Insbesondere nach den Terroranschlägen vom 19. Februar 2020 ist eine stärkere Betreuung der Jugendlichen in Hanau notwendig, um sie zu unterstützen, mit ihrer Trauer, ihren Ängsten und auch ihrer Wut fertig zu werden und die Geschehnisse zu verarbeiten. Hier gilt es, gezielt kollektive Formate zusammen mit Traumatherapeut*innen/-pädagog*innen zu verstetigen.

2. ZUSAMMENLEBEN IM SOZIALEN UND GRÜNEN HANAU



2.1.3. Senior*innen unterstützen

Durch das Seniorenbüro gibt es bereits eine breite Unterstützung in allen Lebenslagen und ein großes Freizeitangebot für Senior*innen. Wir wollen auch weiterhin älteren Menschen die Teilhabe am städtischen und kulturellen Leben umfangreich ermöglichen. Dafür ist es notwendig, die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum weiter auszubauen. Insbesondere generationsübergreifendes Wohnen halten wir für ein gutes Konzept, die Gemeinschaft zu fördern und allen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Während der Coronakrise hat sich gezeigt, dass es viele hilfsbereite Menschen in unserer Stadt und in der Region gibt. So hat beispielsweise die **GRÜNE** Jugend gemeinsam mit anderen Jugendorganisationen einen Einkaufsdienst für Risikogruppen ins Leben gerufen. Wir finden, solch ein Angebot, insbesondere auch für Senior*innen, sollte es nicht nur in Krisenzeiten geben, sondern zu einer dauerhaften Einrichtung werden. Es ist auch als Teil eines Hitzeaktionsplans oder anderer Katastrophenszenarien mitzudenken.

2.2. Bildung für alle ermöglichen

Wir wollen in unsere Schulen erheblich investieren, damit der Schulstandort Hanau für die Stadt und das schulische Einzugsgebiet weiter an Attraktivität gewinnen. Unser Ziel ist es, die Vielfalt der Bildungsgänge und Bildungsabschlüsse weiter auszubauen. Hierzu ist es notwendig, die räumlichen und sachlichen Voraussetzungen mittel- und langfristig zu gewährleisten, um die **Bildungsgerechtigkeit** für die Schüler*innen zu erhöhen. Dieses Problem hat sich durch die Coronakrise merklich verschärft.

Der räumliche Ausbau beinhaltet Investitionen in erheblichem Umfang für die Grundsanierung der Bestandsschulen, die energetische und barrierefreie Ertüchtigung der Gebäude und den Auf- und Ausbau der schulischen Mensaangebote und für die Ganztagsbetreuung. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Unterstützung der Grundschulen bei der Umsetzung des Bildungs- und Betreuungsangebots im Bereich der Ganztagschulen sein.

Für die nächsten Jahre bedarf es zusätzlicher Schulen im Grundschul-, im Förderschul-, im Sekundarstufe 1- und Sekundarstufe 2-Bereich, um den steigenden Bedarf an Schulplätzen bis 2030 und darüber hinaus vorzuhalten. Die Grundschulen in der Innenstadt und Weststadt etwa sind an ihre Grenzen gekommen und brauchen Entlastung. Auch der Aufbau einer weiteren Integrierten Gesamtschule ist anzustreben, beispielsweise an der Hessen-Homburg-Schule.

Wir wollen, dass die Schulstandorte in ihrer **IT-Infrastruktur** erheblich ertüchtigt werden. Hierzu bedarf es einer engen und dauerhaften Kooperation zwischen dem Schulverwaltungsamt, dem Staatlichen Schulamt und den jeweiligen Schulleitungen.

Des Weiteren wollen wir die **Schulsozialarbeit** verstärken, damit die Schüler*innen niedrigschwellig Beratungsangebote in Anspruch nehmen können.

Wir wollen, dass in Hanau die **Inklusion** in allen Schulformen Normalität wird und der Grundrechtsanspruch der Eltern auf einen Schulplatz unterstützt wird im Hinblick auf die optimale Förderung ihrer Kinder. Das setzt voraus, dass die Schulen zusätzliche räumliche, sachliche und personelle Ressourcen erhalten für die Umsetzung einer vorbildlichen inklusiven

2. ZUSAMMENLEBEN IM SOZIALEN UND GRÜNEN HANAU



Beschulung. Dies bedeutet etwa vollständige Barrierefreiheit innerhalb der Schulen und auf dem Schulweg. Hierzu werden wir ein Bestandskataster einfordern.

Die **Förderschulen** behalten ihre Berechtigung und müssen ausreichend Plätze zur Verfügung halten. Wir werden das Bildungsangebot der außerschulischen Lernorte (Museen, Bibliotheken, Umweltzentrum, Volkshochschule) erweitern. Auch die Brüder-Grimm-Berufsakademie wollen wir weiter stärken. Außerdem werden wir mit den ansässigen Unternehmen (wie Evonik, Heraeus, Umicore) und dem Land Hessen das Gespräch suchen, mit dem Ziel, eine Hochschule für Natur- und Ingenieurwissenschaften in Hanau dauerhaft zu errichten und erfolgreich in der Hochschullandschaft zu etablieren.

Die **Erwachsenenbildung** muss im Sinne des lebenslangen Lernens systematisierter in den Blick genommen werden. Von der Grundbildung bis zu mehrsprachigen Angeboten der politischen und gesellschaftlichen Bildung für Erwachsene müssen in Hanau Angebote entwickelt und ausgebaut werden, so dass die gesellschaftliche Teilhabe steigen kann.

2.3. Armut bekämpfen

Armut ist die Ursache vieler gravierender persönlicher und gesellschaftlicher Probleme. Dazu gehören soziale Ausgrenzung und Chancenungleichheit. Dies trifft besonders auf Kinder und alte Menschen zu. Die Bekämpfung der Ursachen der Armut hat für uns Vorrang vor der Linderung der Symptome. Um die nötigen Maßnahmen gezielt und effizient planen zu können, brauchen wir den **Dialog mit Betroffenen und Vereinen**. Im Falle der Kreisfreiheit Hanaus fordern wir von der Stadt, alle möglichen Fördermittel von Land und Bund abzurufen.

Die Beseitigung bestehender Armut und sozialer Ausgrenzung geht Hand in Hand mit der Prävention vor neuer Armut. Wir **GRÜNE** arbeiten an den Rahmenbedingungen in den zentralen Bereichen Wohnen, Bildung, Gesundheit und Arbeit, um allen Menschen finanzielle und soziale Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu ermöglichen. Wir wollen den **Hanau-Pass als Sozialpass** dauerhaft stärken. Auch wenn die Kommune nicht für alle Leistungen verantwortlich ist, so ist sie doch oft die erste Anlaufstelle für Hilfesuchende vor Ort. Es ist daher wichtig, dass der Zugang zu Angeboten einfach und würdevoll gestaltet wird. Dadurch wollen wir auch sogenannte verdeckte Armut – etwa bei Menschen, die aus Furcht vor Stigmatisierung oder Unkenntnis Leistungen nicht in Anspruch nehmen (33 bis 67 Prozent verglichen mit der Anzahl der Bezieher, 2. Hessischer Landessozialbericht S. 52) – sichtbar machen und verringern. Insbesondere für Menschen in extremen Notlagen wie Obdachlosigkeit ist es essenziell, effektive Unterstützung anbieten zu können.

2.4. Friedvoll miteinander leben

In Hanau leben viele Menschen, deren Großeltern, Eltern oder sie selbst aus anderen Ländern eingewandert sind. Diese Vielfalt von 140 Herkunftsnationen macht unsere Stadt wirtschaftlich stark, kulturell lebendig und bunt. Wir pflegen eine **Willkommenskultur gegenüber Migrant*innen** und werden nicht zulassen, dass diese in Frage gestellt wird. Was wir brauchen, ist nicht nur eine Integrationspolitik für derzeit circa 40.000 Menschen mit Migrationshintergrund in Hanau, seien es Ausländer*innen, Eingebürgerte oder Geflüchtete, sondern eine integrative Politik für alle bald 100.000 Hanauer*innen. Denn Menschen verschiedenster Herkunft stehen immer wieder vor Verständigungsproblemen. Es entstehen naturgemäß

2. ZUSAMMENLEBEN IM SOZIALEN UND GRÜNEN HANAU



Missverständnisse, Schwierigkeiten oder sogar schwerwiegendere Konflikte. Hier möchten wir **GRÜNE** uns noch intensiver vermittelnd und verständigend engagieren.

Wir stehen für das Selbstverständnis einer Einwanderungsgesellschaft. Die deutsche wie auch alle nichtdeutschen Nationalitäten, die hiesige und andere Kulturen in Hanau betrachten wir zuallererst als eine Bereicherung. Kulturelle Vielfalt und Anerkennung der menschlichen Diversität sind zentrale Merkmale für eine gelungene Kommunikation und damit auch für eine gute kommunale Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe. Dabei ist selbstverständlich unsere Verfassung für alle Menschen in Deutschland bindend, die auf Artikel 3 des Grundgesetzes fußt.

Folgende Schwerpunkte wollen wir setzen

(1) Ein **umfassend neu gedachtes Integrationskonzept** mit konkreten Handlungsaufträgen und dies als Fachstellenaufgabe auf den Weg bringen.

(2) Das **Fundament für echte Bildungschancen** besonders in die frühkindliche Bildung legen.

Das gemeinsame Erlernen der deutschen Sprache, der mehrsprachige Austausch zuhause und in der Kindertagespflege festigen die Sprach- und Lernkompetenz aller Kinder. Erstes Ziel der frühkindlichen Förderung in Hanau ist, dass alle Kinder, auch von geflüchteten Familien, in den Regelbetrieb der Hanauer Kindertagesstätten integriert werden. Es muss erreicht werden, dass der Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund an weiterführenden Schulen steigt. Ebenso sollen geeignete Betreuung- und Fördermaßnahmen die Anzahl von Schulabbrecher*innen vermindern. Immer noch hängt der Bildungserfolg junger Men-

schen maßgeblich von der sozialen Herkunft ab. Mit allen beteiligten Stellen ist ein Gegen-trend einzuleiten.

2.4.1. Mehr Vielfalt in Arbeitswelt und Alltag gewährleisten

Eine soziale moderne Stadtentwicklung zeigt sich auch in der signifikanten Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung. Dienstleistungs- und Freizeitangebote müssen so gestaltet sein, dass sie für alle zugänglich sind. Deshalb wollen wir **Inklusionsbedarfe in allen Bereichen von Anfang an ermitteln und in der Planung berücksichtigen**. Die Maßnahmen sollen im Dialog mit Betroffenen und Selbsthilfeorganisationen geplant werden.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine faire Bezahlung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung ein. Die Stadt Hanau kann hier im Falle der Kreisfreiheit über einen möglichen Platz im Landeswohlfahrtsverband Einfluss nehmen. Die gute Kooperation der Stadt Hanau mit dem Behindertenwerk Main-Kinzig und anderen freien Trägern soll weiter ausgebaut werden.

Essenziell für eine Gesellschaft, in der unterschiedliche körperliche und geistige Voraussetzungen nicht mit Problemen verbunden sind, ist gegenseitige **Akzeptanz**. Diese kann gefördert werden, wenn Kinder und Jugendliche gemeinsam aufwachsen und lernen. Wir wollen, dass es sowohl an inklusiven Schulen als auch durch spezielle Förderung die besten Möglichkeiten dafür gibt. Als Schul- und Kitaträger werden wir unsere Einrichtungen entlang der Behindertenrechtskonvention der UNO weiterentwickeln.

Wir möchten Teilhabe als ein Zeichen des selbstverständlichen Zusammenlebens erlebbarer und sichtbarer machen.

2. ZUSAMMENLEBEN IM SOZIALEN UND GRÜNEN HANAU

Wir wollen, dass Teilhabe als Stadtentwicklungsthema fester Bestandteil wird, um daraus Maßnahmen abzuleiten.

Wir wollen, dass

(1) durch gut erreichbare Versorgung und Infrastruktur sowie soziale und kulturelle Angebote die Stadt lebendiger in der Alltagswirklichkeit wird.

(2) eine städtische Teilhabeplanung, ob Menschen mit Beeinträchtigung oder Menschen mit Migrationsgeschichte, seine feste Verortung findet und diese mit den vielen Akteur*innen vor Ort zentral und aufsuchend koordiniert werden.

(2) der Ausländerbeirat gestärkt wird. So lange es kein kommunales Wahlrecht für alle Einwohner*innen der Stadt, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, gibt, erhalten und stärken wir einen vielfältig aufgestellten Ausländerbeirat.

2.4.2 Geflüchtete unterstützen

Die in Hanau, etwa in Sportsfield, untergebrachten Geflüchteten müssen in den nächsten Jahren besser in den normalen Wohnungsmarkt vermittelt werden. Hierfür ist ein Konzept zu entwickeln und umzusetzen. Auch für weitere Menschen, die unter oft unmenschlichsten Bedingungen fliehen müssen, soll Hanau ein „**sicherer Hafen**“ werden. Vorhandene Flüchtlingsunterkünfte sollen dafür in Absprache mit Land und Bund und EU zur Verfügung gestellt werden. Auch Geflüchtete mit Duldung sollen in Hanau alle Möglichkeiten zur Integration (wie etwa Sprachkurse) erhalten. Bleibeperspektiven sind aufzuzeigen und zu unterstützen.

2.5. Echte Lehren aus dem 19. Februar 2020 ziehen



Metzgerstraße 8

Das rassistische Attentat vom 19. Februar 2020 hat gezeigt, welche unglaubliche Gefahr in der Stadt von Rassist*innen und Rechtsradikalen ausgeht. Zuerst setzen wir uns für ein **würdiges Gedenken** an die Opfer dieses Verbrechens ein und für eine Gedenkkultur unter Hinzunahme der ganzen zivilen Gesellschaft an diesem Prozess. Wir stellen uns jeder Form von Rassismus, Extremismus und Diskriminierung entschlossen entgegen. Wir fordern die rückhaltlose und **transparente Aufklärung** der Tat selber und die der Umstände aller rassistischen Straftaten und ebenso die Aufklärung der festgestellten rechtsradikalen Aktivitäten innerhalb der hessischen Polizei, auch zum Schutz der überwiegenden Teile der hessischen Polizei, die tagtäglich hervorragende Arbeit leisten.

Die Tat des 19. Februar 2020 war nur ein Symptom, die Ursachen liegen tiefer. Daher wollen wir eine städtisch zu koordinierende **Fachstelle „Demokratie und Vielfalt“** dauerhaft etablieren.

Seit Jahren beobachten wir, dass sowohl Sozialarbeiter*innen, vor allem in der aufsuchenden Arbeit, als auch Polizist*innen in ihrer täglichen Arbeit oft im Stich gelassen wurden, dagegen wollen wir vorgehen.

2. ZUSAMMENLEBEN IM SOZIALEN UND GRÜNEN HANAU

Insbesondere setzen wir uns für eine größere Wertschätzung für diese konfliktreichen Berufe sowie gegen Kürzung der für sie aufgewendeten Mittel ein. Die rassistischen Anschläge vom 19. Februar 2020 hätten vielleicht durch eine verstärkte Überwachung von Gefährder*innen, durch bessere Waffengesetze und politische Bildung als Prävention verhindert werden können. Unsere **Sicherheit sollte auf Prävention basieren**, die wir auch in Hanau stärken wollen. Präventionsprogramme gegen Diskriminierung, Rassismus, Extremismus und Mobbing müssen zu einem Schwerpunkt im schulischen Alltag werden. Dies gilt auch für Deradikalisierungsprogramme, die Gefahren durch religiösen Extremismus reduzieren können.

2.6. Interreligiösen Dialog fortsetzen

Seit Jahren gibt es in Hanau Engagement zum interreligiösen und interkulturellen Dialog. Die unterschiedlichen Gemeinschaften begegnen sich mit Toleranz und Respekt. Unter Wahrung der religiösen und weltanschaulichen Neutralität wollen wir Aktivitäten von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften fördern, die das kulturelle Leben der Stadt bereichern und den Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft voranbringen. Wir befürworten ein häufigeres Zusammentreffen des Runden Tisches der Religionen, der 2013 ins Leben gerufen wurde. Von dieser Institution sollen noch mehr Impulse und Veranstaltungen angeregt werden oder ausgehen.

2.7. Sexuelle Vielfalt sichtbar machen

Wir **GRÜNE** treten für echte Gleichberechtigung ein, das heißt: für alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und

Identität. Wir sehen in der Vielfältigkeit eine Bereicherung und lehnen jede Form der Diskriminierung ab!

2019 fand zum ersten Mal ein Christopher Street Day in Hanau statt, und wir unterstützen weitere Veranstaltungen, damit sich dieses Fest der Akzeptanz etabliert.



Passage in der Nürnberger Straße

Wir setzen uns weiter für die Sichtbarkeit und Stärkung von Lesben, Schwulen (Gays), Bisexuellen, Trans-Menschen, Queeren, Intersexuellen und Asexuellen (LGBTQIA) und die Unterstützung in schwierigen Situationen ein.

2.8. Geschlechtergerechtigkeit erreichen

Wir wollen eine aktuelle Erhebung der Frauenquote in der städtischen Verwaltung und den städtischen Betrieben. Außerdem wollen wir sichtbar machen, ob in der städtischen Verwal-

2. ZUSAMMENLEBEN IM SOZIALEN UND GRÜNEN HANAU



tung und den städtischen Betrieben tatsächlich die gleichen Löhne bei gleichwertiger Arbeit für Männer und Frauen gezahlt werden. Wir streben die Förderung von Frauen in Führungs- und insbesondere in Spitzenpositionen in der nächsten Wahlperiode an: Zielmarke ist dabei ein Anteil von 50 Prozent.

Die Arbeit der Frauenbeauftragten und das Frauenbüro sollen gestärkt werden. Hierzu ist der Etat entsprechend der Aufgabenstellung aufzustocken. Wir werden die Eingliederung arbeitsuchender Frauen in Berufe des ersten und zweiten Arbeitsmarkts unterstützen und streben an, dass weitere städtische Betriebe Planungen dahin führend entwickeln.

Zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**: Männer sehen sich nicht mehr nur in Beruf und bei ihrer Karriere, sondern mehr als 60 Prozent der jungen Väter wollen laut einer Umfrage der Bundesregierung Familienarbeit und Beruf gleichermaßen wahrnehmen. Innerhalb der Stadtverwaltung sollte die Akzeptanz dafür erhöht werden. Es sollten Anreize geschaffen und Männer gefördert werden, die Erziehungsurlaub (mehr als zwei Monate) wahrnehmen und zur Kinderbetreuung (oder für die Pflege von Angehörigen) in Teilzeit arbeiten. Dazu sind regelmäßige Info-Veranstaltungen zum neuen Elterngeld Plus und weitere Angebote (etwa Homeoffice, Flexibilisierung der Arbeitszeit) darzustellen und zu kommunizieren.

2.8.1. Das Frauenhaus unterstützen

Wir wollen eine bessere Frauenhausförderung erreichen. Dazu wollen wir eine Bestandserhebung durchführen und die Darstellung des Platzbedarfs insbesondere für geflüchtete Frauen und für Alleinerziehende mit Kindern erreichen. Sollte der Bedarf erheblich über dem derzeitigen Platzangebot liegen, möchten wir

kurzfristig Haushaltsmittel für die Förderung einstellen, damit Plätze in auszuweisenden Liegenschaften eingerichtet werden können. Die Unterstützung und Begleitung durch qualifiziertes Personal ist dementsprechend anzupassen und zu erhöhen. Unser Ziel ist dabei, dass wir die dauerhafte Co-Finanzierung durch das Land Hessen durchsetzen wollen mit unserer politischen Arbeit im Stadtparlament und im Magistrat der Stadt Hanau.

Wir wollen die Einbindung der Frauenhäuser in die bestehenden kommunalen und regionalen Netzwerke (Familien-, Kinder- und Jugendhilfe) ausbauen, damit gegenseitige Synergieeffekte erzielbar sind und nachhaltig Bindungen und Kontakte verstärkt werden.

2.8.2 Sexistische Werbung verbieten

Wir wollen für das Thema der **Geschlechtergerechtigkeit** Werbung machen, Veranstaltungen durchführen und öffentlichkeitswirksame und bewusstseinsbildende Aktionen (Woche der Lohngleichheit, Situation in den Frauenhäusern, Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen, Lauf gegen Gewalt an Frauen, Kampagnen gegen häusliche Gewalt) fortführen.

Wir wollen, dass sexistische Werbung im Stadtgebiet und auf stadteigenen Flächen verboten wird. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz muss hart geahndet werden. Alltagsrassismus besonders gegen Frauen findet leider auch in Hanau statt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine **Anlaufstelle zur Beratung** speziell für Mädchen und junge Frauen, aufgebaut wird.

Eine gendergerechte Sprache sollte in der Stadtverwaltung Einzug erhalten. Der Schriftverkehr innerhalb und außerhalb der Verwaltung soll dementsprechend angepasst werden. Durch die Budgetierung, die auf die gerechte Verteilung des Geldes auf beide Geschlechter

2. ZUSAMMENLEBEN IM SOZIALEN UND GRÜNEN HANAU



achtet, kann eine gerechte Verteilung der Haushaltsmittel erfolgen (Beispiele hierfür gibt es im Kreis Darmstadt-Dieburg oder in Freiburg).

2.9. Sport und Bewegung fördern, Vereine stärken

In Hanau gibt es über 500 eingetragene Vereine. Wir sehen in ihnen einen Pfeiler einer gesunden und gemeinschaftlichen Gesellschaft. Insbesondere im Kampf gegen Rassismus kommt der Vereinsarbeit eine wichtige Rolle zu. Vereine sind Orte der Begegnung und des sozialen Engagements. Das wollen wir weiterhin unterstützen und sind gegen Kürzungen von Fördermitteln.

Der Bau und die Nutzung von Sportstätten sowie die Durchführung von Veranstaltungen sollen auch nach nachhaltigen Kriterien geplant werden. Dazu gehören Energieeffizienz, eine gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Müllreduktion.

Die Förderung von Spitzensport durch die Stadt sollte nur in Zusammenarbeit mit privaten Sponsor*innen erfolgen.

2.10. Kulturelles Angebot sicherstellen und erweitern

Bereits heute findet man in Hanau ein breites Spektrum an kulturellen Möglichkeiten. Dies reicht von den Brüder-Grimm-Festspielen über vielfältige Konzerte bis hin zu Festivals und Veranstaltungen wie das Bürger- oder Lambofest. Uns ist sehr wichtig, die verschiedenen Veranstaltungen zu erhalten und für alle Menschen finanziell zugänglich zu machen. Dabei unterstützen wir insbesondere Entwicklungen, die aus der Bürgerschaft entstehen und getragen werden, sowie von Künstlervereinigungen, die Hanau als ihre Heimat für ihr kreatives Schaffen gewählt haben.

Insbesondere während und nach der Corona-Pandemie müssen Künstler*innen und die gesamte Veranstaltungsbranche stärker unterstützt werden, damit sie ihre Existenznot überwinden können und wir auch in den nächsten Jahren wieder am großen Angebot partizipieren können.



Wilhelmsbad

Wir setzen uns für neue innenstadtnahe Clubs, Diskos und Spielstätten ein, um auch in Zukunft ein vielfältiges Angebot an Konzerten und Abendveranstaltungen für verschiedene Alters- und Zielgruppen in Hanau anbieten zu können.

Ein Programmkinowäre eine zusätzliche Bereicherung für das Hanauer Kulturleben und könnte im Sommer unter freiem Himmel betrieben werden, im Winter ist eine Integration in eine der Spielstätten denkbar.

2.11. Sicherheit gewährleisten

Das Gefühl, sich sicher und frei in seinem Umfeld bewegen zu können, bildet den Grundstein eines positiven Lebens. Diese subjektive Sicherheit wird immer wieder angeführt, wenn für die Videoüberwachungsanlagen am Marktplatz und am Freiheitsplatz Argumente gesucht werden.

2. ZUSAMMENLEBEN IM SOZIALEN UND GRÜNEN HANAU



Doch beschneiden solche Anlagen auch die Freiheiten vieler. Kriminalitätsstatistiken zeigen für Hanau rückläufige Zahlen, das war auch schon vor der Einführung der Anlagen so. Deren Notwendigkeit sollte deshalb fortlaufend kritisch hinterfragt werden, auch weil ihr Ansatzpunkt in der Aufklärung von Verbrechen und nicht in deren Prävention liegt. Ein präventiver Effekt liegt maximal für die überwachten Bereiche vor, Kriminalität wird an andere Orte verdrängt. Auch können Videosysteme Terroranschläge, die uns schmerzlich die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft aufzeigen, nicht verhindern.

2.12. Gesundheit fördern

Die Gesundheit der Einwohner*innen ist für uns ein umfassender Auftrag, für dessen Erfüllung neben den Institutionen des Gesundheitswesens auch die Gestaltung einer menschenfreundlichen Umgebung mit genügend Möglichkeiten zur Naherholung essenziell ist.

Eine wichtige Institution des Gesundheitswesens in Hanau ist und bleibt das städtische Klinikum. Als **GRÜNE** setzen wir uns schon lange erfolgreich dafür ein, dass das Klinikum nicht privatisiert wird. Das soll auch weiterhin so bleiben. Der Betrieb muss am Wohl der Menschen orientiert sein, Gewinnmaximierung darf nicht darüberstehen. Das **Hanauer Klinikum** nimmt eine wichtige Rolle im Main-Kinzig-Kreis ein, die auch nach einer möglichen Kreisfreiheit nicht verloren gehen wird. Gerade in diesem Fall aber auch zunehmend im Regelbetrieb wird die Kommunikation und Kooperation von Kliniken untereinander immer wichtiger. Auch die Corona-Pandemie zeigt uns, dass eine gute, digitale Vernetzung im Gesundheitsbereich nicht nur eine nette Zusatzoption, sondern zur Bekämpfung von Pandemien essenziell ist. Die hessische Landesregierung

unter grüner Beteiligung hat deshalb hohe Fördersummen für die Digitalisierung im Gesundheitswesen zur Verfügung gestellt, die auch in Hanau genutzt werden sollen.

Neben der guten Lage in Hanau im stationären Bereich ist es für die Gesundheit der Menschen unverzichtbar, dass eine gute **ambulante Versorgung** mit Hausärzt*innen und Spezialist*innen gewährleistet wird. Erschreckend sind hier Zukunftsaussichten, die eine enorme Unterversorgung durch anstehende Renteneintritte im ambulanten Bereich prognostizieren. Um dem entgegen wirken zu können, müssen kommunale Handlungsspielräume genutzt werden. Städtisch betriebene **Gemeinschaftspraxen**, in denen Ärzt*innen in einem Anstellungsverhältnis arbeiten und so die Vorteile von Arbeitnehmenden erfahren, können diesem Trend entgegenwirken, wie Erfahrungen anderer Kommunen zeigen. Hier stehen wir **GRÜNE** in Hanau für eine mutige Politik, die sich den geänderten Bedingungen anpasst.

Die zurückgehende Versorgung an Hausärzt*innen, die fehlende Traumaambulanz und der Therapeut*innenmangel, die fehlende Plattform für Bürgerinnen und Bürger in puncto gesundheitspolitischer Fragestellungen und gesundheitliche Aufklärung sind Punkte, für die als erstes schnelle wie konkrete Lösungen gefunden werden müssen.

2.13. Prävention stärken

Für uns **GRÜNE** ist die Chancengleichheit ein zentrales Thema unserer Gesundheitspolitik. Wir sehen einen starken Zusammenhang zwischen Krankheit und sozialer Lage. Die Schnittstellen mit der Kinder- und Jugendhilfe (frühe Hilfen, Familienhebammen) sowie mit der Altenhilfe und anderen kommunalen Angeboten wollen wir (weiter) fördern.

2. ZUSAMMENLEBEN IM SOZIALEN UND GRÜNEN HANAU



Wir setzen uns für die Verbesserung der sozialpsychiatrischen Versorgung ein. Hierbei ist es uns im Hinblick auf die Leitlinien eines selbstbestimmten Lebens wichtig, dass wohnortnah und „ambulant vor stationär“ behandelt wird. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt erkrankten Jugendlichen und Seniorinnen und Senioren.

Die „Lebensweltorientierung“ der Gesundheitsförderung fand durch das Bundespräventionsgesetz von 2015 endlich seine Anerkennung und kann nur kommunal gedacht werden. Wir **GRÜNE** befürworten daher sehr den beabsichtigten Beitritt in das „**Gesunde Städte-Netzwerk**“ (Kooperation zwischen 84 Mitgliedskommunen aus allen 16 Bundesländern, Stand 2019), den die Stadtverordnetenversammlung 2020 beschlossen hat. Die Ziele des „Gesunde Städte-Netzwerkes“ basieren auf der Ottawa-Charta von 1986, derer sich die Stadt Hanau nach dem Beitritt verpflichtet hat.

Wir **GRÜNE** möchten die **Entwicklung einer ressortübergreifenden gesundheitsfördernden Politik** unter Einbeziehung von vor Ort ansässigen Institutionen (freie Träger, Bildungseinrichtungen, Krankenkassen, Fachverbände) sowie Bürgerinitiativen und Expert*innen unterstützen und zukünftig noch mehr auf die Gesundheitsverträglichkeit bei kommunalpolitischen Entscheidungen achten. Auch sollen von Seiten der Stadt systematisiert Rahmenbedingungen geschaffen werden, so dass sich alle Bürgerinnen und Bürger Hanaus an der Gestaltung ihrer Lebens- und Umweltbedingungen verstärkt beteiligen können. Eine regelmäßige Gesundheits- und Sozialberichtserstattung sehen wir **GRÜNE** als notwendige Etablierung an.

Unsere Stadt soll als Vorbild einer attraktiven Arbeitgeberin vorangehen und andere Unternehmen unterstützen. Dazu gehört die Entwick-

lung konkreter Maßnahmen für Mitarbeitende in städtischen Betrieben, wie zum Beispiel das Etablieren eines betrieblichen Gesundheitsmanagements, wie eine moderne Personalentwicklung und wertschätzende Führungskultur, wie eine Förderung physischer und psychischer Gesundheit und deren Resilienz sowie auch ein transparenter Handlungskatalog für die vom Gesetzgeber durchzuführende psychische Gefährdungsbeurteilung in Unternehmen.

Hierbei kann Hanau auf Erfahrungen des Gesunde-Städte-Netzwerks zurückgreifen. Das (nach der Auskreisung) neue Gesundheitsamt in Hanau soll in diesem Geist und in dieser Haltung von Anfang an aufgebaut und geführt werden.

Wir **GRÜNE** wollen, dass Prävention und Gesundheitsförderung als Wiederherstellung, Erhalt und Stärkung im Sinne von Wohlbefinden und Gesundheit verstanden wird. Angelehnt am Leitfaden Prävention sind folgende Handlungsfelder und Präventionsprinzipien beschrieben, die für uns wesentlich sind: Bewegung, Ernährung, Stressbewältigung und Entspannung, Stärkung psychischer Ressourcen, Suchtbekämpfung und -vermeidung, gesundheitsförderliche Arbeitsgestaltung.

Wir brauchen Nachhaltigkeit auch im Sozialen!

3. BEWEGEN, ARBEITEN, WIRTSCHAFTEN

Nicht nur durch die Verkehrswende soll neue Bewegung in unsere Stadt kommen. Die Basis für eine gerechte Zukunft bilden eine nachhaltige und sozial gerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Faire Bedingungen am Arbeitsmarkt auf allen Ebenen sind uns GRÜNEN dabei besonders wichtig.

3.1. Mobilität verändern

Viele Bürgerumfragen haben ergeben, dass sich die Hanauer*innen eine autoarme, grüne Innenstadt wünschen. Den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf Rad-, Fuß- und öffentlichen Nahverkehr möchten wir deshalb auf vielen Ebenen vorantreiben und erleichtern.

Die Menschen fahren dann gerne Rad, gehen zu Fuß oder nutzen den ÖPNV, wenn das Angebot und die Infrastruktur gut sind. Dafür benötigen wir eine **gerechte Aufteilung der vorhandenen Verkehrsfläche**. Für die Anbindung an die umliegenden Gemeinden und Städte brauchen wir gute direkte Radwege und Zubringer zu den künftigen **Radschnellwegen**. Hanau hat aufgrund der ebenen Topographie und der geringen Entfernungen sehr gute Voraussetzungen für den Radverkehr. Jedoch hat die jahrzehntelange Bevorzugung des Autoverkehrs dazu geführt, dass die Verkehrsfläche für ÖPNV, Rad- und Fußverkehr zu gering ist. Die Autos stauen sich bereits trotz des großen Verkehrsflächenanteils, den sie bisher erhalten. Die Hanauer Verkehrsprobleme lassen sich lösen, wenn wir andere Verkehrsträger fördern und für sie mehr und bessere Infrastruktur schaffen.

Wir freuen uns über alle, die zu uns kommen, ob zur Arbeit oder in ihrer Freizeit, zum Einkaufen, Einkehren oder wegen unseres vielfältigen kulturellen Angebots. Für eine autoarme Innenstadt haben wir ausreichend und ansprechende Pkw-Parkhäuser errichtet, so dass das Parkangebot im Straßenraum sukzessive zurückgebaut werden kann. Fuß- und Radverkehr müssen in Planung und Ausführung mindestens den gleichen Stellenwert wie der motorisierte Verkehr bekommen. **Fahrradstraßen** müssen endlich überall da, wo es möglich ist, sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilen, markiert werden (Definition: Tempo 30, Radverkehr hat Vorrang, Autos weiterhin erlaubt). Bei Um- oder Neubauten muss zuerst der Fuß- und Radverkehr berücksichtigt werden und Vorrang vor dem Autoverkehr erhalten.

Gegen eine Einschränkung des Autoverkehrs wird eingewandt, dass dies dem Einzelhandel schade. Untersuchungen zeigen jedoch, dass das Gegenteil richtig ist: Kunden, die mit dem



Am Main

3. BEWEGEN, ARBEITEN, WIRTSCHAFTEN

Rad oder zu Fuß kommen, kaufen zwar bei einem Einkauf vielleicht weniger ein, aber sie kommen häufiger. Spontankäufe werden mehr von Fußgänger*innen getätigt als von Autofahrer*innen. Geschäfte, die auf den Wegen zu den Parkhäusern liegen, profitieren von neuer Laufkundschaft.

Radverkehr benötigt **sichere und komfortable Wege**, dann nimmt dieser Verkehr von selbst zu, da es innerstädtisch dann schneller, bequemer, unkomplizierter und sicherer geht als mit dem Auto. Dazu fordern wir entsprechende Spuren auf den wichtigen Verkehrsachsen. Falls ein guter Radweg nicht angelegt werden kann und die derzeitige Verkehrsdichte auf der Fahrbahn und die Fahrbahnbreite Radverkehr als gefährlich erscheinen lässt, sind Geschwindigkeitsbeschränkungen anzuordnen und zu überwachen. Außerdem kann für Mischverkehr durch Hinweise wie „Radfahren auf der Fahrbahn erlaubt“ und Fahrradpiktogramme auf der Fahrbahn geworben werden. Dann ist unmissverständlich klargestellt, dass hier nicht nur der Pkw, sondern auch das Rad die Fahrbahn kann.

Wechselnde Geschwindigkeitsvorschriften sind an das jeweils niedrigere Tempo anzugleichen, um den Verkehrsfluss zu verbessern und unnötigen Lärm zu vermeiden (Beispiel: Cityring Sandeldamm und Nordstraße zwischen Klinikum und Kita). Auf vorhandenen Straßen mit ausreichender Fahrbahnbreite oder nicht benötigten Fahrstreifen sind gesicherte Radfahrstreifen (Protected Bike Lanes) anzulegen (Beispiele: Philippsruher Allee stadteinwärts, nördlicher Doppelfahrstreifen der L3309 von Großauheim zum Hauptbahnhof, Lamboystraße, Aschaffener Straße). Die Oberfläche der vorhandenen Radverkehrsanlagen ist qualitativ mindestens auf den Stand der Fahrbahndecke der Straße, die sie begleiten, zu ertüchtigen.

Der Bau der **Radschnellverbindung Hanau–Maintal–Frankfurt** ist zu beschleunigen. Auch die Planung der südmainischen Radschnellverbindung nach Aschaffenburg und Offenbach muss vorgebracht werden.

Die Radverbindungen in die Stadtteile und die umliegenden Kommunen sind dringend zu verbessern bzw. auszubauen. Pendelnden soll das Rad als eine attraktive Individualverkehrsalternative noch schmackhafter gemacht werden.

Auch wollen wir weitere **Abstellanlagen inklusive E-Bike-Ladestationen** für Fahrräder einrichten. Entsprechende Vorgaben sind auch bei Neubauten privater Investor*innen nötig. Für Pendelnde sollen am Hauptbahnhof ein Fahrradparkhaus und eine noch fehlende schnelle, direkte Radweganbindung von der Innenstadt zum Hauptbahnhof geplant und gebaut werden.



Mobilitätsstation im Pioneer-Park

Bürgersteige sollen so angelegt werden, dass auch Personen mit eingeschränkter Sehfähigkeit selbständig sicher mobil sein können (etwa durch taktile Elemente). Die Stadt setzt den barrierefreien Ausbau der Haltestellen fort und setzt sich für den durchgehenden barrierefreien Ausbau aller Hanauer Bahnhöfe ein. Gefahrenstellen für Zufußgehende und den

3. BEWEGEN, ARBEITEN, WIRTSCHAFTEN

Fahrradverkehr sind zu beseitigen (Beispiel: Unterführung des Geh- und Radwegs unter der Steinheimer Brücke).

Auch das (subjektive) Sicherheitsgefühl ist zu erhöhen. Dafür ist ein **Sicherheitskonzept** zu entwickeln, das die neuralgischen Punkte in der Stadt aufzeigt. Diese sind mittels einer Prioritätenliste in der nächsten Wahlperiode abzuarbeiten. Vorhandene Engstellen auf Bürgersteigen werden verbreitert, auch wenn dies zu Lasten der Fahrbahnbreite geht (Beispiel: Philippsruher Allee gegenüber dem Olof-Palme-Haus). Gleiches gilt an Baustellen: Der Rad- und Fußverkehr muss weiterhin sicher geführt werden, auch wenn dies die Fahrbahnbreite einengt.

Die Fußgängerzone in der Innenstadt soll erweitert und das Parken im öffentlichen Raum eingeschränkt werden, um die Aufenthaltsqualität in der Stadt zu steigern. Dies muss einhergehen mit einer konsequenteren Durchsetzung des Einfahrtverbots in die Fußgängerzone. Der ruhende Verkehr muss häufiger überwacht werden, denn verkehrswidriges Halten und Parken im Verkehrsraum, etwa auf Radstreifen, Bürgersteigen und in Einmündungsbereich, gefährdet alle anderen Verkehrsteilnehmer*innen. Und ja, auch Radfahrende dürfen kontrolliert werden, wenn sie sich regelwidrig verhalten!

Ampelphasen werden umgestellt, so dass nicht mehr einseitig der Verkehr auf der Fahrbahn bevorzugt wird. Dies betrifft sowohl die Querung von Abbiegefurten als auch die Wartephase bei Bedarfsampeln – die Wartephase kann ohne Nachteil für den Straßenverkehr hinter eine Grünphase für Fußgänger*innen gelegt werden, so dass sich die Wartezeiten für Fußgänger*innen verkürzen.

Es wird nach Möglichkeiten gesucht, den **ÖPNV in Hanau** zu beschleunigen, etwa durch Busspu-

ren und eine Änderung der Fahrtrouten in der Innenstadt. Die Stadt setzt sich dafür ein, dass der Hanauer Hauptbahnhof von mehr Fernverkehrsverbindungen als bisher bedient wird. Der ÖPNV soll durch höhere Verkehrsdichte und günstigere Angebote (wie Bürgerticket, ÖPNV-Rückerstattung statt Parkschein-Rückerstattung) attraktiver werden, um mehr Leute zum Umstieg zu bewegen. Insbesondere in Neubaugebieten kann durch ein beispielsweise dreimonatiges kostenloses Nahverkehrsticket die dauerhafte Nutzung des ÖPNV statt des Autos begünstigt werden. Mobilitätsstationen wie in Pioneer möchten wir auf alle Quartiere ausweiten. Mit Sharinganboten kann dem Trend, Zweit- und Drittautos anzuschaffen, entgegen gesteuert werden.

3.2. Arbeit fair gestalten

Hanau ist Fairtrade-Stadt! Auf **GRÜNE** Initiative hin hatte sich Hanau und jüngst auch der Main-Kinzig-Kreis auf den Weg gemacht, Fairtrade-Stadt bzw. Fairtrade-Landkreis werden. Wir wollen damit den fairen Handel auf kommunaler Ebene und die nachhaltige Beschaffung in den Verwaltungen stärken. Als Teil einer künftigen Rhein.Main.Fair-Metropolregion nehmen wir unseren Teil der Verantwortung für die globalen Themen gerechte Löhne, Bildung, Verbot von Kinderarbeit und ökologisches Landwirtschaften an.

Es ist uns wichtig, dass die Stadt Hanau eine attraktive Arbeitgeberin ist und mit gutem Beispiel für andere Unternehmen in der Region vorangeht. Auch deshalb haben wir viele Jahre für ein **Jobticket** gekämpft. **Wir dulden keine Diskriminierung** bei Einstellungen oder Beförderungen. Wir setzen uns dafür ein, dass weder Herkunft, Hautfarbe oder Glaube noch sexuelle Orientierung bei der Einstellung eine Rolle spielt.

3. BEWEGEN, ARBEITEN, WIRTSCHAFTEN

Weiterhin ist es uns ein großes Anliegen, dass Arbeit in Hanau fair bezahlt wird.

Zusätzlich wollen wir die **Aus- und Weiterbildungsangebote** in städtischen Betrieben und Beteiligungen erweitern und dies auch in Zusammenarbeit mit anderen Hanauer Unternehmen fördern, so dass es in Hanau weiterhin ein großes Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten gibt.

Insbesondere in Pflegeberufen wächst der Bedarf an Fachkräften aufgrund der wachsenden Einwohnerzahl sowie der Nachbesetzung bei Rentenantritt im Main-Kinzig-Kreis laut Pflegemonitor um 76 Prozent bis 2030, davon ein erheblicher Anteil in Hanau. Wir setzen uns ein für den Auf- und Ausbau der Kranken- und Altenpflegeausbildung zur Sicherstellung des prognostizierten Fachkräftebedarfs. Wir überprüfen das bestehende Ausbildungsgefüge und leiten Maßnahmen zur **Verbesserung einer wohnortnahen Ausbildung und Beschäftigung** ein.

Es ist uns ein Anliegen, qualifizierte Kräfte in den Kitas, Kindergärten und in den Alten- und Pflegeeinrichtungen in kommunaler Trägerschaft nicht nur mehr wertgeschätzt zu sehen, sondern auch ihre **Bezahlung angemessener zu gestalten**.

Die Arbeitslosigkeit in Hanau war bereits vor der Coronakrise relativ hoch und ist nun noch weiter gestiegen. Derzeit werden die Hilfen für Langzeitarbeitslose durch den Main-Kinzig-Kreis erbracht. Für die Kreisfreiheit ist ein Übergang dieser Hilfen an eine gemeinsame Einrichtung von Arbeitsagentur und Stadt Hanau geplant. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Möglichkeiten kommunaler Beschäftigungsprogramme insbesondere für Langzeitarbeitslose ausgeschöpft, angeboten und vermittelt werden, um die Arbeitslosigkeit in Hanau zu sen-

ken. Konkret wollen wir Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose ausbauen beispielsweise in einer Form der Kreislaufwirtschaft. Vorstellbar wäre eine Zusammenarbeit mit den Wertstoffhof um einen Gebrauchtmöbeldienst aufzubauen. Anstelle der Entsorgung können Möbel mit wenig Aufwand aufbereitet und in einem Secondhand-Möbelladen wiederverkauft werden.

3.3. Finanzpolitisch nachhaltig handeln

Bei den Finanzen muss zwingend ein **Gleichgewicht zwischen Ökologie, Sozialem und Wirtschaft** vorhanden sein. Nur so erreichen wir das Ziel einer nachhaltigen Haushaltspolitik.

Die Corona-Pandemie hat wesentlichen Einfluss auf die Finanzlage der Stadt Hanau. So muss unter anderem ein dramatischer Rückgang der Gewerbesteuer verzeichnet werden. Diese Auswirkungen werden uns in der Wahlperiode 2021 bis 2026 dauerhaft begleiten.

Um die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu schultern, sollen nicht einfach Steuern erhöht werden. Die Corona-Pandemie hat bei den Hanauer Bürger*innen und Firmen erhebliche finanzielle Auswirkungen. Steuererhöhung für Firmen und Einwohner*innen sind daher nur das allerletzte Mittel. Vorab sind alle internen Konsolidierungs- und Einsparmöglichkeiten zu nutzen.

Der Haushalt muss möglichst ausgeglichen erfolgen. Ganz nach dem Motto, wir geben nur das aus was, wir auch sicher haben.

Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik ist aber mehr als zu sparen. Deshalb wollen wir **Investitionen in die Zukunft** – vor allem in den Bereichen Umwelt, Bildung und Soziales – spürbar erhöhen.

3. BEWEGEN, ARBEITEN, WIRTSCHAFTEN

Bei sinkenden Einnahmen geht das ganz klar gegen die aktuelle Haushaltsplanung.

Wir setzen auf folgende Schwerpunkte

- (1) Eventuell vorhandene Doppelstrukturen in der Verwaltung sollen abgebaut werden.
- (2) Einrichtung von Förderlotsen, die Programme von EU, Bund und Land laufend sichten und prüfen. Die Förderlotsen informieren die Fachabteilung und unterstützen bei der Beantragung.
- (3) Aufträge und Stellenbesetzungen müssen transparent und offen ausgeschrieben und vergeben werden.
- (4) Fortsetzung aller Bemühungen um Ansiedlung neuer Betriebe mit einem deutlichen Akzent auf ökologisch innovativer und nachhaltiger Produktion und Dienstleistung
- (5) Fortsetzung der Schaffung von attraktiven und sozial verträglichen Wohngebieten
- (6) Verstöße müssen erheblich mehr geprüft und geahndet werden, um Einnahmen zu erzielen. Daher sind hier weitere Stellen im Ordnungsdienst zu schaffen.
- (7) Ein betriebliches Vorschlagswesen soll eingeführt werden, bei dem die Mitarbeitenden ihre Verbesserungsideen einbringen können.
- (8) Extern vergebene Beratungsmandate sollen zukünftig das Ziel haben, schneller wieder in innerstädtische Strukturen eingegliedert bzw. übergeben zu werden.

Anzustreben ist eine sozial gerechte und nachhaltige Finanzwirtschaft, die dauerhaft und langfristig in die Menschen und die Substanz unserer Stadt investiert, Mehrausgaben für eine ökologisch-soziale Politik ermöglicht und

gleichzeitig die Schuldenlast unserer Stadt strukturell nachhaltig gestaltet.

3.4. Wirtschaft am Standort Hanau transformieren

Hanau ist ein ausgewiesener attraktiver Wirtschaftsstandort. Diesen „Vorsprung“ müssen wir uns erhalten, fördern und ausbauen.

Die Corona-Pandemie hat auch hier wesentlichen Einfluss. Es ist unabdingbar, bei betroffenen Firmen eine individuelle Unterstützung zu prüfen.

Die Wirtschaft trägt massiv zur Hanauer Finanzpolitik bei. Aber auch hier gilt: **Die Wirtschaftspolitik muss nachhaltig für alle Hanauer Firmen und Bürger*innen sein.**

Einen Wettbewerb um die günstigste Gewerbesteuerumlage wird es mit uns nicht geben. Wir leisten unseren Beitrag, die ansässigen Firmen, die von den vorhandenen Strukturen profitieren, müssen ihren Anteil leisten.

GRÜNE Wirtschaftspolitik macht ehrgeizige Vorgaben in Form von Grenzwerten, Treibhausgas-Reduktionszielen und Produktstandards, die in realistischen Zeiträumen erreicht werden können. Planungssicherheit ist dabei die Grundlage für wichtige Investitionsimpulse in Klimaschutz und Ressourceneinsparung insbesondere in der energieintensiven Industrie. Wir sind die Partei an der Seite der Unternehmen, die bei dieser Transformation vorangehen und beispielsweise schon heute einen **CO₂-Preis** bei ihren Investitionsentscheidungen zugrunde legen. Gleichzeitig fördern wir dabei neue Technologien und Wissen. So können wir es schaffen, die ökologische Modernisierung in den verschiedenen Sektoren umzusetzen. Klar ist auch, dass die öffentliche Hand bei der ökologischen Modernisierung nicht hinterherhinken

3. BEWEGEN, ARBEITEN, WIRTSCHAFTEN

darf, weswegen wir die öffentliche Beschaffung konsequent auf die jeweils ressourcenschonendsten Produkte und Dienstleistungen ausrichten wollen.

3.5. Nachhaltigen Tourismus fördern

Neben dem Angebot für Bürger*innen aus Hanau und Umgebung locken die verschiedenen Veranstaltungen auch Tourist*innen nach Hanau. Wir wollen unsere Brüder-Grimm-Stadt in Zukunft noch attraktiver für den Tourismus machen und mit einem breiten Angebot für Jung und Alt locken, dabei aber stets auf Nachhaltigkeit und Naturschutz achten.

Die Tourismusbranche ist hart von der Corona-Krise getroffen. Beim Weg aus der Krise stehen wir an der Seite der Beschäftigten und Betriebe. Gleichzeitig ist eine intakte Natur für viele Gäste das A und O. Wir müssen den Schwerpunkt auf einen ressourcenorientierten und sanften Tourismus setzen, der die Bedürfnisse von Gästen, der einheimischen Bevölkerung und der Natur miteinander in Einklang bringt.



Im Großauheimer Wald

Der „Grüne Ring um Hanau“ ist hierfür bereits ein gutes Konzept. Das Kinzigtal ist beim Thema „Nachhaltiger Tourismus“ als Ganzes zu denken mit Hanau als „Eingangstor“ zum Spessart.

Wir **GRÜNE** stehen für die weitere Förderung des Radtourismus durch Abstellanlagen, Mitnahmemöglichkeiten in den Bussen, gute Beschilderung, E-Lade-Möglichkeiten sowie insbesondere eine zusammenhängende, gut ausgebaute Fahrrad-Infrastruktur. All das trägt zu nachhaltigem Tourismus speziell im wachsenden Segment des Tagestourismus bei und wurde von uns **GRÜNEN** in den letzten Jahren vorangetrieben.

3.6. Bürgerbeteiligung und Stadtverwaltung digitalisieren

Als „bürgernahe Verwaltung“ wird eine Verwaltung bezeichnet, die die „Bürgerbrille“ aufhat, sich also **an den Bedürfnissen der Einwohner*innen orientiert**. Wir fordern: einfache Prozesse der Abwicklung von Verwaltungsangelegenheiten, kurze Bearbeitungszeiten, Möglichkeiten der Nutzung elektronischer Zugänge für Verwaltungsangelegenheiten und die Bereitstellung der entsprechenden Infrastruktur (Zugang zu Endgeräten und Schulungen im Umgang mit diesen). Die Vernetzung bzw. Zusammenfassung der verschiedenen Verwaltungsvorgänge und ihrer Datenbestände ist anzugehen, so dass Bearbeitungen und Kontakte zwischen Verwaltung und Bürger*innen vereinfacht werden. Außerdem sollten solche Angebote offensiv beworben werden.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sie hat den Bürger*innen einen spürbaren Nutzen zu bringen. Digitalisierung bedeutet nicht nur schnelleres Internet, sondern einfach zu handhabende Prozesse im Zusammenwirken der Verwaltung und den Einwohner*innen Hanaus.

3. BEWEGEN, ARBEITEN, WIRTSCHAFTEN

Alternative Zugänge für Menschen, die diese Möglichkeit des Onlinekontaktes nicht haben, müssen natürlich erhalten bleiben. Wir brauchen Öffnungs- bzw. Sprechzeiten auch zu für Berufstätige geeigneten Zeiten.

Die Homepage der Stadt sollte nutzer*innenfreundlicher und ansprechender gestaltet werden. Auch die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit der Stadt ist zentral und modern für alle Abteilungen (Ämter und Eigenbetriebe) aufzustellen. Gerade bauliche und verkehrliche Vorhaben können so frühzeitig verständlich und transparent dargestellt werden.

Speziell zu den Schulen: Hier sind eine Ertüchtigung der Stromversorgung und die Ausstattung mit standardisierter Hard- und Software notwendig, ebenso die Gewährleistung/Ausbau eines schnellen Internetzugangs, Homeschooling für Lehrpersonal und Lernende, u.a. Notebook-Ausleihe und Druckmöglichkeit, da viele Schüler über solche Hilfsmittel nicht verfügen.

Darüber hinaus sind digitale **Bürgerbeteiligungsforen** weiter- oder einzuführen. Die Hanauer*innen müssen bei den wichtigen Themen des Zusammenlebens beteiligt, zumindest angemessen, auf vielen Wegen, informiert werden, Initiativen und Interessengemeinschaften in den Stadtteilen sind dabei aktiv einzubinden. Wir wollen Teilhabe und Transparenz massiv erhöhen. Auch eine kontinuierliche Sozialberichterstattung analog der hessischen Sozialberichterstattung, Monitoring zur Entwicklung der sozialen Lage Hanaus und der daraus abzuleitenden Konzeptentwicklung und Maßnahmenplanung stellen wir uns vor.

Ein schneller und zuverlässiger Zugang zum Internet gehört zur Grundversorgung aller Haushalte, öffentlicher Einrichtungen und Gewerbebetriebe. Daher setzen wir uns für den **Ausbau der Infrastruktur** (insbesondere „letzte Meile“)

mit leistungsfähiger und zukunftsweisender Technik ein. Für die Sicherung von Hanau als zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort ist ein schnelles Internet unabdingbar. Wir sagen Ja zu Rechenzentren, aber nur mit hohen ökologischen Standards. Auch hier gilt:

In allen Fällen ist die Orientierung an den Klimaschutzzielen dringend erforderlich!

Bildnachweis: Robert Erkan (S. 17), Josefine Lamß (S. 18), Peter Pfeifer (S. 20, 23), Christian Theobald (S. 6), Anja Zeller (S. 10, 11, 24, 28)